



Gerhard Winter Im Paradies 1 63667 Nidda

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Stefan Knoche
Wilhelm-Eckhardt-Platz

Gerhard Winter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverordneten-Fraktion Nidda
Im Paradies 1
63667 Nidda/Kohden

63667 Nidda

Nidda, den 16. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Knoche,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bittet um die Aufnahme des folgenden Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung der 21. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 19. Februar 2013.

Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Niddas distanziert sich von der Vorgehensweise des ZOV bei seiner Informationspolitik und der intransparenten Gebührenkalkulation im Rahmen der Einführung des gesplitteten Abwassertarifs in Nidda. Um Klarheit für Stadt und Bürger zu schaffen, wird der Magistrat beauftragt gemäß § 10 Abs. 7 des KAG in der geltenden Fassung vom 1.01.2013, Einsicht in die Kostenrechnung und die Gebührenkalkulation zu nehmen. Die Ergebnisse sind in einer öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses detailliert zu präsentieren. Es soll neben den Investitionen auch genau über deren Abschreibungsraten und deren Kostenumlegung berichtet werden. Die Einnahmen in Verbindung mit aufgeschlüsseltem Verwendungsnachweis der Mittel sind vollständig darzustellen. Ferner sind die Prognosen für zukünftige Investitionen, Kostenentwicklungen und Abwassermengen offen zu legen.

Teil der Information soll insbesondere die Gebührenberechnung von Grundgebühren und Zisternennutzungen sein. Wie setzen sich die Kostenschlüssel zusammen und auf welcher Kalkulationsbasis fußen die Berechnungen.

Die Ausschusssitzung soll zeitlich innerhalb der Widerspruchsfrist für die Gebührenbescheide der Stadt stattfinden um gegebenenfalls noch termingerecht Einspruch gegen die ergangenen Gebührenbescheide einlegen zu können.

Begründung :

Nach dem Versand der Abwassergebührenbescheide für das Jahr 2013 durch den ZOV, fühlt sich eine Vielzahl der betroffenen Bürger durch dessen Vorgehensweise arglistig getäuscht und erwartet Unterstützung durch die politischen Gremien der Stadt Nidda.

Als Vertreter der Stadt und der Bürger distanzieren wir uns von der Vorgehensweise der Verantwortlichen im Abwasserbereich des ZOVs und verurteilen deren Umgang mit den Bürgern auf das Schärfste. Im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten wollen wir eine Offenlegung der Kalkulationen um Transparenz zu schaffen.

Eine der Grundlagen der Idee des gesplitteten Abwassertarifs ist die Förderung der Umweltverträglichkeit bei der Wassernutzung durch den Menschen. Die Zisternennutzung zur Brauchwasserversorgung soll gefördert werden, um Grundwasserkörper zu entlasten und Regenwasserableitungen zu reduzieren. Es gilt zu klären, ob diese Förderung des Umweltgedankens bei der Gebührenumlage berücksichtigt wird.

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich aus der vorgegebenen Einspruchsfrist.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

G.Winter
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Nidda